



Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates,

der Schweizer Schriftsteller Max Frisch hat einmal gesagt: *„Krise ist ein produktiver Zustand.*

Man muss ihm nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen.“

Bei ersterem kann ich ihm noch zustimmen: Trotz Corona, das uns die vergangenen 2,5 Jahre geplagt hat, konnten wir doch einige Projekte erfolgreich auf den Weg bringen oder bereits abschließen. Als Beispiele seien genannt der neue Bauhof in der Saarstraße, die Naturkita Buschpfad, die Erweiterung der Glemstalschule, der Bau der Kita Laurentiusstraße und die fertig in der Schublade liegenden Pläne für die Erweiterung des Horts an der Schule.

Doch insgesamt muss man doch konstatieren, dass die Krise sich zum Normalzustand entwickelt hat. Nach der Flüchtlingskrise in den Jahren 2015 - 2017 breitete sich im Jahr 2020 die Pandemie aus. Spätestens seit dem Angriffskrieg der Russischen Föderation auf die Ukraine erleben wir multiple Krisen nebeneinander. Krieg inmitten von Europa. Millionen von Menschen auf der Flucht. Inflation in einer über Jahrzehnte ungekannten Höhe. Die Versorgungssicherheit der Energie ist in Frage gestellt. Und über allem die auch in Europa immer spürbarer werdende Klimakrise.

Wir erleben Krisen, die sich überlagern, teilweise gegenseitig verstärken, teilweise bedingen. Die Gleichzeitigkeit der Krisen fordert Staat und Gesellschaft enorm.

Hier würde ich doch – im Gegensatz zu Max Frisch – von einem sehr faden Beigeschmack sprechen.



Die viel zitierte Zeitenwende hat die Welt verändert und sie hat damit auch ganz konkrete Auswirkungen auf die politische Bedürfnispyramide. Die Verteidigungs- und Bündnisfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland, ein verbesserter Katastrophen-, Zivil- und Bevölkerungsschutz, die Sicherung der Energieversorgung und die Aufrechterhaltung des sozialen Friedens sind nur erste Beispiele für eine neue Prioritätensetzung. Hinzu kommt die epochale Herausforderung einer gelingenden klimagerechten und digitalen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft.

Und in diesem globalen Kontext obliegt es nun uns, unser kleines beschauliches Hemmingen fit für diese Herausforderungen zu machen und mit den Fragestellungen, die auf uns hereinbrechen, umzugehen.

Der Gemeindetag Baden-Württemberg als unser kommunaler Spitzenverband hat einen Brandbrief an die verschiedenen politischen Ebenen versandt:

Der Tenor: **Die Leistungsfähigkeit hat ihre Grenzen erreicht**

Die baden-württembergischen Städte und Gemeinden übernehmen als Gesicht unserer demokratischen Strukturen auch in dieser Vielfach-Krise Verantwortung in ihrem gesamtstaatlichen Selbstverständnis vor Ort.

Und in dieser Verantwortung sagen die Städte und Gemeinden deutlich:

Die Leistungsfähigkeit des Staates, die Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinden hat ihre Grenzen erreicht, die Gesamtheit der staatlichen Leistungsversprechen ist nicht mehr erfüllbar.



Zu dieser Analyse kommen auch die Bundesbürger in einer jüngsten Forsa-Befragung. Die Mehrheit der Deutschen hält den Staat für überfordert.

Innerhalb weniger Monate wurden über 120.000 geflüchtete Menschen – meist Frauen und Kinder – aus der Ukraine in den baden-württembergischen Kommunen untergebracht, versorgt und in Kita und Schule integriert. Doch die Zugangszahlen steigen dramatisch an; nicht nur aus der Ukraine, auch die Zahl der Asylsuchenden aus anderen Staaten erreicht zwischenzeitlich das Niveau von 2015.

Hinzu kommen neben der drohenden Wirtschaftskrise die zentralen Fragen der Energieversorgung und -sicherheit, die Klimakrise und die nach wie vor anhaltende Corona-Pandemie.

Allein bei der Verbesserung des Klimaschutzes sind zig-milliardenschwere Investitionen in Gebäude, Wärme- und Verteilnetze, in Verkehr und in viele weitere Bereiche erforderlich – allein in Baden-Württemberg. Zugleich erhöhen Inflation und Preisentwicklung angesichts der bestehenden Rohstoffknappheit fast täglich den Investitionsbedarf.

Es kann kein „Weiter so“ geben

Deutlich wird: Die Ausgangssituation für Krisenbewältigung und Zukunftsgestaltung zu Beginn der 20er-Jahre braucht einen handlungsfähigen Staat und im Besonderen leistungsstarke Städte und Gemeinden.

Denn die Städte und Gemeinden sind diejenigen, die als Bindeglied zwischen dem abstrakten Konstrukt Staat und dem gesellschaftlichen



Leben Umsetzungs-verantwortung für fast alle Politikbereiche tragen.

Als Vertreter dieser Städte und Gemeinden hat der Gemeindetag bereits „vor dem Krieg“ vielfältig darauf hingewiesen: Große ausgabenintensive Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge werden von den Bürgerinnen und Bürgern als Selbstverständlichkeit angesehen. Zahlreiche neue Aufgaben, Rechtsansprüche und Standards treten hinzu.

Heute müssen wir in aller Deutlichkeit sagen: Es kann kein einfaches „Weiter so“ geben. Es wird nicht reichen hier und da etwas zu verändern, Prozesse anzupassen und neu zu justieren. Das sind nur Symptome. Es geht um Grundlegendes in unserem Staat. Es geht darum, auch zukünftig das für die Legitimation von staatlichem Handeln wichtige Vertrauen in den Staat und die Demokratie zu sichern. Die Leistungsfähigkeit des Staates ist ein elementarer Vertrauensfaktor.

Die originäre Aufgabe des Staates ist – neben der inneren und äußeren Sicherheit und der Gewährleistung des Rechtsstaates – die Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger. Kurz gesagt: Die Dinge, die unser tägliches Leben ermöglichen, müssen für alle verfügbar sein.

Doch die übergeordneten politischen Ebenen und auch viele Bürgerinnen und Bürger vergessen zunehmend, dass die dauerhafte Sicherstellung eines solchen Leistungsportfolios einen großen Teil der kommunalen Ressourcen – und zwar sowohl der finanziellen als auch der personellen – bindet. Dies wird dadurch verstärkt, dass die Gesetzgeber auf europäischer, bundesdeutscher oder baden-



württembergischer Ebene die zu gewährleistenden Standards regelmäßig weiterentwickeln und anheben. Durch nachlaufende Rechtsprechung und Auslegung gewinnen diese Standards zusätzlich an (Umsetzungs-) Komplexität.

Fast jeder zusätzliche Standard kann für sich betrachtet gut begründet werden. Es ist die Summe der Standards, die letztlich die laufenden Ausgaben und den Personalbedarf der öffentlichen Hand in einem Maße nach oben getrieben hat, dass die Luft für Zukunftsgestaltung fehlt.

Hinzu kommt ein bereits heute immenser und sich in den kommenden Jahren noch verstärkender Fachkräftemangel, der gerade die Kommunen in besonderem Maße trifft.

Im Ergebnis bedeutet dies bei ehrlicher Betrachtung: Die Kommunen können die an sie gestellten Aufgaben nicht mehr erfüllen. Dies wird aktuell in den Städten und Gemeinden in besonderer Weise beim Rechtsanspruch auf Förderung in einer Kindertageseinrichtung (Betreuungsplatz) und absehbar beim Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung an der Grundschule ab 2026/2027 deutlich. Zur Umsetzung dieses Rechtsanspruchs fehlen den Kommunen schlichtweg die Ressourcen.

Auch wir in Hemmingen werden im kommenden Jahr zum ersten Mal die magische Grenze von 10 Mio. EUR Personalkosten überschreiten.

Bislang gelang es uns immer, die Vakanzen bei Personalstellen recht kurz zu halten um keine allzu großen Einschränkungen z.B. bei Öffnungszeiten hinnehmen zu müssen. Doch auch hierüber müssen wir sprechen.

Alleine eine Kürzung von einer Stunde bei der Ganztagesbetreuung reduziert unsere Personalkosten um fünf Stellen – mal davon



abgesehen, dass die „Spätschicht“ im Kindergarten immer unbeliebter wird und wir, wenn es Abwanderungen zu anderen Trägern gibt, dies meist Einrichtungen sind, die nur „Verlängerte Öffnungszeiten“ anbieten.

Von daher war es gut und richtig, dass wir uns jüngst auf unserer Klausurtagung mit dem Thema „**Wieviel soll Hemmingen noch wachsen**“ auseinandergesetzt haben.

Gemeinsam eint uns die Haltung, hier maßvoll umzugehen und zunächst die offenkundigen Flächen in Hemmingen zu entwickeln.

So sind die Signale auf „grün“ gestellt, dass wir nun im Jahr 2023 das Bebauungsplanverfahren „Schöckinger Weg“ abschließen werden und nach einer Erschließung im Jahr 2024 eine Wohnbebauung in 2025 erfolgen kann.

Auch beim Bahnhofsareal werden wir im Jahr 2023 einen Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan fassen, um hier die Planungsgedanken aus dem partizipativen Prozess „Flächen gewinnen durch Innenentwicklung“ aufzugreifen und städtebaulich zu manifestieren.

An Hochbauaktivitäten gibt es im kommenden Jahr nur altbekanntes: Die Kita Laurentiusstraße wird im Frühjahr fertiggestellt werden. Sobald wir wie zuvorderst erwähnt im Rahmen des Konnexitätsprinzips – „Wer bestellt – bezahlt“ - eine Zusage über die Förderung des Baus von weiteren Hortplätzen haben, werden wir auch dort loslegen.

Bei unserer größten Baustelle, der Glemstalschule, war am vergangenen Dienstag mit dem Richtfest des Erweiterungsbaus eine wichtige



Wegmarke erreicht. Dieser Tage trifft der Ausnahmeantrag zum Eingriff in die Bestandsfassade der Schule beim Regierungspräsidium ein und wir hoffen, nun wie geplant im kommenden Jahr in die Sanierung der Schule einsteigen zu können und nicht nochmals von den Fledermäusen ausgebremst zu werden.

All diese Maßnahmen, seien es Pflichtaufgaben im Bereich der Bildung und Betreuung oder auch die freiwilligen Maßnahmen wie die für 2023 vorgesehene Sanierung des Rasensportplatzes und der Anlage eines Beachvolleyballfeldes funktionieren nur, wenn die entsprechenden monetären Mittel vorhanden sind.

Diese, so schreibt es das Gemeindefinanzrecht vor, sind zuvorderst durch Gebühren und erst nachrangig durch Steuern zu beschaffen. Aus diesem Grund stehen am heutigen Tag auch maßvolle Gebührenerhöhung auf der Tagesordnung.

Insgesamt darf man für das Jahr 2023 konstatieren, dass wir froh sein können, dass bislang die Wirtschaft recht gut durch die anhaltenden Krisen gekommen ist. Wir planen mit 6 Mio. EUR an Gewerbesteuern. Fast den gleichen Betrag werden wir durch den Anteil an der Einkommenssteuer erhalten.

Die Haushaltsplanungen kann man sinnbildlich mit einer Sinuskurve veranschaulichen: Nach zwei negativen Jahren in 2021 und 2022 kommen wir nun wieder in den positiven Bereich und rechnen mit einem positiven Gesamtergebnis von rund 770.000 EUR. Allerdings sind die Vorzeichen wieder so, dass in 2024 und 2025 wieder negative Ergebnisse stehen werden.



Gerade der Haushalt 2023 ist auch wieder von der Finanzausgleichsarithmetik geprägt: Durch dieses negative Ergebnis von rund 4 Mio. EUR in 2021 erhalten wir in diesem Jahr rund 3,4 Mio. EUR als Schlüsselzuweisung nach der mangelnden Steuerkraft. Weiter finden wir uns auf Platz 37 von 39 kreisangehörigen Gemeinden im Ranking bei der Steuerkraftsumme im Landkreis wieder und müssen entsprechend weniger Kreisumlage bezahlen.

Die Ausgabendisziplin gilt also weiterhin, auch wenn wir im Jahr 2023 auf Steuererhöhungen verzichten und auch noch keine Kredite für Investitionen aufnehmen müssen.

In die Zukunft investieren wir auch zunächst ideell: Der Förderantrag für die Erstellung einer Biotopvernetzung wurde positiv beschieden und wird gemeinsam mit der Gemeinde Schwieberdingen umgesetzt werden. Auch eine Klimaschutzkonzeption für unsere beiden Kommunen soll gemeinsam auf den Weg gebracht werden. Der Förderantrag ist gestellt, nur die Bewilligungsstelle heillos überlastet...

Der interkommunale Ansatz wird bei den o.g. angesprochenen Punkten immer wichtiger werden, da wird oftmals alleine diese Aufgabenflut nicht mehr werden bewältigen können.

So hoffen wir im ersten Halbjahr 2023 auch final sagen zu können, ob das interkommunale Gewerbegebiet unter Beteiligung von Markgröningen, Ditzingen und Hemmingen auf der Standortgemeinde Schwieberdingen umgesetzt werden kann.

Die letzten Wochen waren geprägt von der Diskussion um einen neuen Standort für eine Deponie mit mineralischen Abfällen. Zwar wurde jetzt



etwas Luft aus dem Kessel genommen, doch bin ich mir sicher, dass wir in den nächsten Monaten weiterhin wachsam bei diesem Thema werden bleiben müssen. Deshalb findet sich auch eine Position zur Rechtsberatung im Haushaltsplanentwurf. Durch unsere Resolution im weiteren Verlauf des Abends werden wir auch noch protokollarisch zum Ausdruck bringen, dass Hemmingen der falsche Standort für eine neue Deponie ist.

Lassen Sie mich nochmals zum Anfang kommen: Der Haushaltsplanentwurf 2023 zeigt, dass wir trotz Krise produktiv waren und es auch weiterhin sein wollen.

Ich danke allen, insbesondere Frau Kratzer und ihrem Team in der Kämmerei, für die Mitwirkung bei der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes und der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung.

Die Zielsetzung ist, dass wir am 7. Februar 2023 den Haushalt beschließen.

Ich freue mich auf eine konstruktive Beratung des Zahlenwerkes und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.